



Online-Ausgabe

UnternehmerZeitung
8952 Schlieren
044/ 306 47 00
www.unternehmerzeitung.ch

Medienart: Internet
Medientyp: Tages- und Wochenpresse

Online lesen

Themen-Nr.: 200.011
Abo-Nr.: 1093893

15.09.2015

Nationalrat will keine grüne Wirtschaft

Kategorie: News

Bern – Der Nationalrat hat den Gegenvorschlag zu Initiative „Grüne Wirtschaft“ abgelehnt. Er lehnt stärkere gesetzliche Regelungen zum effizienten Umgang mit Ressourcen ab.

Am Ende hat es kaum noch Diskussionen gegeben. Der Nationalrat stimmte über die wenigen noch offenen Punkte ab. In jedem dieser Punkte setzte sich die bürgerliche Mehrheit deutlich durch. Doch am Ende lehnte die gleiche bürgerliche Mehrheit das Paket ab. Mit 95 zu 92 Stimmen bei sechs Enthaltungen lehnte die Grosse Kammer es ab, die Revision des Umweltschutzgesetzes der Volksinitiative „Grüne Wirtschaft“ als Gegenvorschlag entgegenzustellen.

Da hatte es nicht gehalten, dass der Christdemokrat Stefan Müller-Altermatt (SO) die Dringlichkeit der Vorlage unterstrich. „Es geht darum, das Umweltschutzgesetz dahingehend abzuändern, dass es der heutigen Zeit entspricht, und das ist eine Zeit, in der die Ressourcen knapper werden“, sagte er im Namen der vorberatenden Kommission laut dem Wortprotokoll des Nationalrats. Dieses Gesetz sei im Interesse der Wirtschaft von der Kommission geschrieben worden. „Man will ihr helfen, ressourceneffizienter zu werden.“ Die Mehrheit des Nationalrates blieb bei der Überzeugung, dass es keine neuen gesetzlichen Regelungen zum effizienten der Ressourcen brauche.

Der Wirtschaftsverband swisscleantech ist enttäuscht. „Ökologische Standards schaffen ein innovationsfreundliches Umfeld“, wird sein Präsident Nick Beglinger in einer Medienmitteilung zitiert. „Schweizer Firmen, die ihre Prozesse und Produkte rascher an höhere Umweltansprüche anpassen, verschaffen sich bedeutende Konkurrenzvorteile.“

Der Dachverband economiesuisse dagegen hatte schon zuvor kein Hehl aus seiner Ablehnung der Vorlage gemacht. „Diese Vorlage hat die Schaffung neuer umfassender Bundeskompetenzen zur Folge, und das ohne ersichtlichen Handlungsbedarf“, hatte Geschäftsleitungsmitglied Kurt Lanz in einem Blog geschrieben. „Ein Papiertiger, der das Bürokratiemonster weiter anwachsen lässt.“

Der Ständerat hatte die Vorlage bereits vor einem Jahr in einer entschlackten Form angenommen. Er hat nun als nächster das Wort. Bleibt dann die grosse Kammer bei ihrer Ablehnung, ist die Vorlage vom Tisch. stk.